

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.**

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

07-09/2022/ Nr. 82

## Das Gebot der Stunde: die Rücknahme der Sanktionen

Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Flüchtlingskrise, Klimakrise, Coronakrise und jetzt der Krieg. Immer mehr Menschen gewinnen den Eindruck, dass diese bedrohlichen Ereignisse der letzten Jahre **nicht zufällig** geschahen, sozusagen natürlichen Ursprungs sind, sondern dass sie von globalistischen „Eliten“ inszeniert wurden bzw. werden, um die Entwicklung der Menschheit in eine bestimmte Richtung zu lenken, die sie von sich aus nicht einschlagen würde, und schon gar nicht in dieser Schnelligkeit. Angst ist in diesem Zusammenhang ein bewährtes Mittel. Dabei haben sie die Chuzpe, sich als der „demokratische Westen“ zu präsentieren. **Doch immer mehr Menschen durchschauen dieses undemokratische Spiel.** Anders ist es nicht zu erklären, dass z. B. rund ein Viertel der Bevölkerung trotz massivster monatelanger Propaganda ungeimpft blieb. Allmählich dämmert

es auch vielen, dass das mediale Konstrukt „Opfer Ukraine – Täter Russland“ in dieser Einseitigkeit nicht stimmen kann. Der Druck auf die Politiker, die Helfershelfer dieser Hintergrundkräfte, nimmt deshalb zu. Und das ist gut, auch wenn sie so tun, als würden sie das nicht wahrnehmen. Dieser Druck ist durch entsprechende Aufklärungs- und Informationsarbeit – dieser Nachrichtenblatt ist ein kleiner Beitrag dazu – und entsprechender öffentlicher Präsenz unbedingt aufrecht zu erhalten, ja zu erhöhen.

Ein herausragender Vertreter dieser antidemokratischen Eliten ist der bisherige österreichische Bundespräsident Van der Bellen. Seine Aussagen und Entscheidungen belegen das dutzendfach. **Wir wünschen uns seine Abwahl** und präsentieren Ihnen in dieser Ausgabe die Alternativen für Ihre Wahl.

Es wird immer deutlicher, dass die gegen Russland von einer fremdbestimmten



Hofburg – Leopoldinischer Trakt

Hier residiert noch Alexander Van der Bellen, der sich in den vergangenen Jahren vor allem für andere als österreichische Interessen stark machte.

Bild: rp

Politik verhängten Sanktionen ein Bumerang sind. Sie entfalten immer größeren Schaden – nicht in Russland, sondern im Westen, von dem sie ausgegangen sind. Besonders trifft es, wie könnte es anders sein, die sozial und wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten in Europa. Wir haben deshalb eine an das Österreichische Parlament gerichtete **Bürgerinitiative („Petition“) für die Aufhebung der Sanktionen** in die Wege geleitet. Sie ist auch ein Beitrag zur Entwicklung eines österreichischen Selbstbewusstseins bei den Politikern. Österreich muss nicht bei jeder Idiotie der EU mitmachen. Wir freuen uns auf ein reges Mitmachen unserer Leser bei dieser Unterschriftenaktion. Ein Formular ist beigelegt.

Ihr NFÖ-Redaktionsteam

### Inhalt

- 1 Das Gebot der Stunde: die Rücknahme der Sanktionen
- 2 Der Verfall Österreichs zu einer Scheindemokratie
- 2 Die neuen EU-Beitrittskandidaten Ukraine u. Moldawien
- 3 Bundespräsidentenwahl am 9. Oktober 2022
- 4 Wieso steigende Stromkosten, wenn nur das Gas teurer wird?
- 5 Lesens-, sehens-, hörens-wert
- 5 Wussten Sie?
- 6 Lesermeinungen
- 7 Positives, Erfreuliches
- 8 Impressum

*Wir können und sollten Worte sprechen,  
die Gutes sprießen lassen und Frieden  
bewirken. Das ist unser Auftrag.*

Katharina Achamer, Salzburg

## Der Verfall Österreichs zu einer Scheindemokratie – die EU macht's möglich

Die EU ist keine Demokratie. Sie war auch nie als solche gedacht. Es gibt in ihr keine Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive. Das Parlament ist eine Feigenblatt-Organisation ohne Gesetzgebungs- und Initiativrecht. Die Macht liegt in den Händen der Kommission bzw. deren Vorsitzendem/r. Der Europäische Rat hält sich meist an die Vorgaben der von niemandem gewählten und niemandem verantwortlichen Kommission. Die Minister(präsidenten), die den Europäischen Rat bilden, sind in ihren Ländern Teil der Exekutive, betätigen sich auf EU-Ebene aber als Legislative. Zusätzlich hat sich in den letzten Jahren der Eindruck verstärkt, dass die gesamte EU mehr und mehr in Geiselhaft der beiden großen Länder Deutschland und Frankreich gerät. Ursula von der Leyen ging aus einer Mausechlei zwischen Merkel und Macron hervor. Wer hat sie je gewählt? Ihr politischer Werdegang ist sonderbar, ihre häufigen Skandale wurden nie aufgeklärt. Sie scheint von unsichtbaren Kreisen aus dem Hintergrund genau dort platziert worden zu sein, wo sie sie haben wollten. Gegenwärtig existieren Pläne, um die EU „noch handlungsfähiger“ zu machen. Das EU-Regelwerk soll weniger beachtet und das Einstimmigkeitsprinzip, d. h. das Vetorecht, das bisher vor allem die kleineren Staaten schützte, soll in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik abgeschafft werden. Das bedeutet **noch mehr Macht in den Händen von ganz wenigen**. Auch der deutsche BK Scholz wirbt dafür.

Das schwere Demokratiedefizit der EU scheint ansteckend zu sein, je länger die Mitgliedschaft, desto mehr. In Österreich hat es mit den letzten türkisch-schwarzgrünen Regierungen einen regelrechten Schub in diese Richtung gegeben.

Das Corona-Geschehen lieferte der Politik einen Vorwand, noch nie dagewesene, angeblich notwendige Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger vornehmen zu

können. Neue Ergänzungen zum Epidemiegeschehen, von der Regierung ohne Begutachtungsfrist im Juni beschlossen, verlängern und verschärfen die Bestimmungen bis hin zum Wegsperrern von Ungeimpften und Demonstrationsverboten. Eine im April erfolgte Ergänzung des von der EU, die bereits russische Medien verboten hat, angeregten audiovisuellen Mediendienste-Gesetzes sieht eine Ausweitung der Zensurmaßnahmen und Strafen von bis zu 50 000 Euro vor. Politische Einflussnahme, Zensur und Lösungen im noch nicht völlig gleichgeschalteten Internet greifen generell immer mehr um sich. **Es hat nicht den Anschein, als wäre man bereit, die einmal errungene Macht wieder abzugeben.**

*Wir sollten nie darauf vertrauen, dass die Regierungen unsere Probleme lösen.  
Die Regierungen sind das Problem.*  
Willy Meurer,  
deutsch-kanadischer Publizist  
1934 - 2018

In einigen Bereichen scheut sich die Regierung nicht einmal mehr, das Parlament zu übergehen. Oder es kommt ohnehin bereits aufgrund des Fehlens einer wirksamen Opposition, die in vielen Fragen nur mehr von einer medial diffamierten Partei gebildet wird, zu einer demokratiegefährdenden Blockbildung mit der Regierung.

**Inzwischen ist auch die österreichische Verfassung nicht mehr vor den Eskapaden der Politiker geschützt.** Was hat der Regierungschef eines neutralen Staates, noch dazu in Kriegszeiten, auf einem NATO-Gipfel zu suchen? Auch für die Teilnahme eines solchen Staates an den Sanktionen der EU gegen die Russische Föderation, die als feindliche, kriegerische Akte zu bewerten sind, ist offenbar kein

## Die neuen EU-Beitrittskandidaten Ukraine und Moldawien

Mit großem emotionalem Pathos wurde Ende Juni der Ukraine und Moldawien der offizielle Status von EU-Beitrittskandidaten verliehen. Damit ist der Weg frei, der Ukraine in Bälde eine weitere Finanzhilfe von bis zu neun Milliarden Euro zu gewähren, die vermutlich aufgrund der dort

herrschenden Korruption zum Großteil in falschen Kanälen landen werden. Es sollen auch Vorschläge zum Wiederaufbau der Ukraine vorgelegt werden. Wie sehr **diese Entscheidung nicht sachlich, sondern politisch begründet** ist, zeigt allein schon der zeitliche Ablauf.



EU ohne Gesicht -

man weiß nicht, woran man ist, wofür sie steht und wohin sie führt, mit Sicherheit nicht in eine lebenswerte Zukunft.

Bild: Robert Ballagh, irischer Künstler

Problembewusstsein vorhanden. Aussagen und Entscheidungen von BK Nehammer im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, in den die NATO maßgeblich verwickelt ist, lassen auf eine Einstellung schließen, die die Immerwährende Neutralität als Teil der Verfassung Österreichs verachtet und sie lieber schon heute als morgen entsorgt wissen möchte. Der Verfall der politischen Kultur in Österreich geht so weit, dass in den sich sonst so kritisch gebenden Medien nicht einmal angedacht wird, ob so eine Person als BK überhaupt noch tragbar ist.

Einen weiteren frechen Schritt der Verfassungs- und Neutralitätsverachtung ohne demokratische Legitimation tat Verteidigungsministerin Tanner im Mai, indem sie im Alleingang unser Land mit ihrer Unterschrift dem State Partnership Program (SSP) der USA zugeführte. Es geht dabei um die Zusammenarbeit des österreichischen Bundesheeres mit US-Militär(!), offiziell in den Bereichen Katastrophenschutz und Gebirgskampf. Im Rahmen dieses Programms werden schon seit Jahren von den USA ukrainische Soldaten ausgebildet. Zu glauben, es würde bei diesen Bereichen das Bewenden haben, ist angesichts der permanenten geostrategischen Bestrebungen der USA nach Machtausdehnung und eines NATO-Krieges in der Nachbarschaft Österreichs äußerst naiv.

Während andere Länder wie Bosnien-Herzegowina jahrelang auf diese „Auszeichnung“ warten müssen, wurde sie der Ukraine und Moldawien bereits wenige Wochen nach Antragstellung, die unmittelbar nach Kriegsbeginn erfolgte, gewährt. Auch mit der Erfüllung der von der

(Fortsetzung auf Seite 3)

EU selbst aufgestellten „Kopenhagener Kriterien“ (Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, funktionierende Marktwirtschaft, Fähigkeit zur Übernahme des Gemeinschaftsrechts) ist es schlecht bestellt. Nach dem Korruptionsindex 2021 von Transparency International nimmt die Ukraine als korruptestes Land Europas noch hinter zahlreichen Dritte-Welt-Ländern den 122. Rang (von 180) ein. Moldawien bringt es auf Platz 105.

Wirtschaftlich sieht es auch nicht viel besser aus. Während der EU-Durchschnitt des BIP pro Kopf 32 270 Euro beträgt, liegt das der Ukraine gerade einmal bei 4 828 Euro, das ist etwas mehr als ein Zehntel des österreichischen.

Mit dieser Entscheidung des Europäischen Rates reihen sich die Ukraine und Moldawien in die Liste der bisherigen EU-Beitrittskandidaten Türkei, Montenegro, Nordmazedonien Serbien und Albanien

ein, im Südosten unseres Kontinents gelegen, allesamt seit Jahrhunderten wirtschaftsschwach, korruptionsanfällig und mit einem instabilen politischen System. Außerdem befindet sich die Ukraine im Krieg – mit unabsehbaren Folgen, für Netozähler wie Österreich vor allem finanzieller Art. Abgesehen von anti-russischer Symbolpolitik spricht nichts für eine Aufnahme der Ukraine und Moldawiens in die EU. (Quellen: gta.de; de.statista.com)

## Bundespräsidentenwahl, 9. Oktober 2022

Personen, die ihre Kandidatur angekündigt haben:

NAME	PARTEIMITGLIEDSCHAFT
Michael BRUNNER	MFG
Helga EGGER	parteilos
Mark Hanno FESSL	parteilos
Franz J. GOLLOWITSCH	parteilos
Gerald GROSZ	parteilos
Konstantin HASLAUER	parteilos
Oliver HOFFMANN	parteilos
Rudolf R. KLEINSCHNITZ	parteilos
Gerhard KUCHTA	Dem. Alternative
Roland LUDOMIRSKA	parteilos
Robert MARSCHALL	parteilos
Wolfgang OTTOWITZ	parteilos

Um als Kandidat zur Wahl des Bundespräsidenten antreten zu können, müssen bei der Bundeswahlbehörde gemeinsam mit dem Kandidatenvorschlag mindestens 6.000 Unterstützungserklärungen vorgelegt und ein Kostenbeitrag von 3.600 Euro erbracht werden. Es ist davon auszugehen, dass von den

NAME	PARTEIMITGLIEDSCHAFT
David PACKER	Bestes Österreich
Barbara RIEGER	parteilos
Walter ROSENKRANZ	FPÖ
Thomas SCHAURECKER	parteilos
Johann P. SCHUTTE	parteilos
Heinrich STAUDINGER	parteilos
Hubert THURNHOFER	parteilos
Alexander V.D. BELLEN	Die Grünen
Anatolij VOLK	parteilos
Martin WABL	parteilos
Tassilo WALLENTIN	parteilos
Dominik WLAZNY	Bierpartei

24 derzeit um Unterstützung werbenden Kandidaten höchstens sieben bis acht die erforderlichen Unterschriften fristgerecht einreichen werden. Im Sinne der Demokratie ist eine so große Auswahl an wählbaren Kandidaten grundsätzlich begrüßenswert. Von nicht unerheblicher Bedeutung dürfte die gro-

ße Zahl auch insofern sein, als dass damit die Wahrscheinlichkeit steigt, dass der Amtsinhaber VDB die 50 Prozent im ersten Durchgang nicht erreicht, **sodass es zu einer Stichwahl kommen muss**, bei der sich für den zweitgereihten Kandidaten die Erfolgchancen entsprechend erhöhen.

## Einschätzung von BP Van der Bellen aus Schweizer Sicht

Anlässlich der Eröffnung der Bregenzer Festspiele am 20. Juli hielt BP Alexander Van der Bellen eine zwölfminütige Rede. Auch Schweizer Politiker, wie der Bundespräsident und Außenminister Ignazio Cassi waren anwesend.

Der Schweizer Journalist, SVP-Nationalrat und scharfsinnige Beobachter des politischen Geschehens Roger Köppel nahm die Gelegenheit wahr und hörte sich – wie er kurz darauf gestand – mit großem Unbehagen die Rede des prominenten Po-

litikers aus dem EU-Nachbarland an. Hier eine Wiedergabe der Aussagen aus seiner Videobotschaft „Weltwoche Daily“ vom 28. August:

Diese Rede von Bundespräsident Van der Bellen war für mich ein Ärgernis, weil sie so offensichtlich manipulierend und einseitig und auch aufwieglerisch war, dass ich sie als kontraproduktiv empfinde, allerdings – sehr charakteristisch für die heutige Zeit – Alexander Van der Bellen hat diese Rede, diese Bregenzer Festspiele benutzt, um sozusagen die westliche Seite heilig zu sprechen und

Putin zum Teufel, zum Diktator zu erklären und damit auch eine moralische Druckkulissee aufgebaut.

Eine weitere Aussage, die er gemacht hat: Unsere Demokratie, unser Lebensstil werde durch die Russen angegriffen, Putin vertrage es nicht, dass es eine Demokratie gebe. Stellvertretend aber ziele sein Angriff ins Herz des Westens. Wenn man sich etwas weniger oberflächlich mit diesem Konflikt auseinandersetzen will als hier offensichtlich, gibt es auch andere Erklärungsmuster, zum Beispiel jenes, das Putin schon

(Fortsetzung auf Seite 4)

seit vielen Jahren gesagt hat, nämlich dass er es einfach nicht möchte, dass die NATO aggressiv in diese Ukraine hineingeht, weil man das als Sicherheitsbedrohung empfinde. Man will kein Anti-Russland vor der eigenen Haustüre, genauso wenig wie die Amerikaner keine Anti-USA in Mexiko, in Kuba oder in Kanada wollen.

Also es steht auch die Möglichkeit im Raum, dass es hier nicht um eine primär welterobernde Irrfantasie bei Putin geht, sondern ganz einfach um die Verteidigung elementarer Sicherheitsinteressen, die weder der Westen, die NATO, vor allem die Amerikaner, aber auch die europäischen Mitläufer jahrelang mit Füßen getreten haben. Aber das diskutiert man ja nicht einmal. Ich halte

diese Sicherheitsthematik für viel wahrscheinlicher, viel naheliegender, oder – sage ich zurückhaltend – mindestens so plausibel, als das was Van der Bellen als Wahrheit hingestellt hat.

Dann hat er gesagt, dass dieser Gaskrieg im Grunde das Werk von Putin sei. Auch da die totale Ausblendung der Tatsache, dass der Westen die Wirtschaftssanktionen angefangen hat und dass das eigentliche Wunder darin besteht – aus meiner Sicht – dass Putin immer noch Gas liefert. An seiner Stelle hätte ich vermutlich längst den Gashahn abgedreht. Wenn Ihnen die Europäische Union und der Westen den Krieg erklärt, auf diese Art und Weise, wenn man versucht, Sie existenziell in die Knie zu zwingen, wenn man die Auslandsgutha-

ben und Währungsreserven Ihrer Notenbank einfach sperrt, wenn man wahllos alle Russen diskriminiert, auch Künstler, Sportler, Kulturschaffende – ja ich meine, da ist es ja geradezu ein Wunder, dass Putin überhaupt noch Gas liefert. Aber das hat hier keine Rolle gespielt, in dieser Auseinandersetzung. Also, Van der Bellen sprach da von einem bewusst herbeigeführten kriegerischen Akt durch Putin, ohne zu erwähnen, dass der Westen mit diesen Wirtschaftssanktionen angefangen hat. Also sehr, sehr einseitig! Nichts von einer friedlichen Koexistenz, nichts von einer Bereitschaft zur Verständigung, sehr, sehr auf Konfrontation gebürstet, der grüne Bundespräsident, ohne den grünen Anteil an der Energiemisere überhaupt zu erwähnen.

**Ein österreichisches „Staatsoberhaupt“ wäre eigentlich verpflichtet, im Sinne der Neutralität die Bereitschaft zur Verständigung und friedlichen Koexistenz mit allen Völkern zu vermitteln. Wenn sich der österreichische Bundespräsident anlässlich des Ukraine-Konflikts dermaßen einseitig und unsachgemäß der westlichen NATO-Allianz zu Füßen wirft, so ist er absolut untragbar und unwählbar.**

## Wieso steigende Stromkosten, wenn nur das Gas teurer wird?

Man kann sich manchmal über die westliche Politik nur wundern. Obwohl sie nun das 7.(!) Sanktionspaket vorbereitet, „um Russland in die Knie zu zwingen“, scheint sie nicht damit gerechnet zu haben, dass Russland seinerseits mit Maßnahmen im Rahmen seiner Möglichkeiten reagieren könnte. Hat der Westen erwartet, dass die Russische Föderation alles stoisch und ergeben über sich ergehen lässt? Eine dieser im Vergleich zu den westlichen Sanktionen moderaten Gegenmaßnahmen ist, dass die Gasversorgung für Europa nicht mehr im gewünschten Ausmaß und mit der gewohnten Zuverlässigkeit erfolgt. Allein schon diese Tatsache macht die EU nervös und lässt sie Notfallpläne erarbeiten, die vorsehen, dass die Mitgliedsstaaten zu Sparmaßnahmen gezwungen werden können. Die Verknappung des Gasangebots hat nun zu einer Verteuerung des Großhandelspreises auf bis das Dreifache geführt. Doch was hat das mit dem Strompreis zu tun? In Österreich gibt es kaum eine Verstromung von Erdgas. Bei der Stromkennzeichnung des Energielieferanten Salzburg AG beispielsweise gibt es keinen Posten für Strom aus fossilen Energieträgern und damit auch aus Erdgas. Der Löwenanteil (85,71%) ist Strom aus Wasserkraft.

Der Grund dafür, dass der Großhandels-

preis von Strom sich fast ebenso verteuert hat wie der von Gas – was bisher von den Energieversorgungsunternehmen noch nicht einmal zur Gänze an die Kunden weitergegeben worden ist – liegt in der aufgrund von EU-Richtlinien 2001 erfolgten Strommarktliberalisierung. Sie legt fest, dass sich der Großhandelspreis, nicht zuletzt um die „grüne“ Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie rentabel zu machen, am Preis des teuersten Stromlieferanten orientiert. Und das sind zurzeit die Gaskraftwerke. Die Schweiz hat es als Nicht-EU-Mitglied – wieder einmal – besser. Sie hat Haushalte und kleine Unternehmen nicht dem Weltmarkt ausgeliefert. Eine Preiskommission garantiert, dass nur der Preis der tatsächlichen Stromzusammensetzung verrechnet wird.

Eine andere Gegenmaßnahme zur Stromverteuerung wird von einigen österreichischen Polit-Darstellern aufgrund der anstehenden Wahlen vorgeschlagen. Es soll einen Preisdeckel geben. Die Differenz zwischen Markt- und Kundenpreis soll der Staat ausgleichen. Aufgrund der EU-Marktliberalisierung besteht dabei allerdings die Gefahr, dass dieser verbilligte, vom österreichischen Steuerzahler subventionierte Strom vom Ausland aufgekauft wird, und Österreich dann wie-

der auf dem „freien Markt“ den teureren Strom zukaufen muss. Es ergibt sich die Frage, ob es nicht angemessen ist, über die Sinnhaftigkeit der Strommarktliberalisierung bzw. des extremen Marktliberalismus unserer Tage generell nachzudenken. Ebenso empfiehlt sich ein Nachdenken über Lösungswege aus dem Konflikt zwischen USA und Russland auf dem Rücken der Ukraine und Europas. **Denn sich laufend steigende Sanktionsspiralen und Waffenlieferungen sind, wie wir auch an diesem Beispiel des Gas- und Strommarkts sehen, für Europa und Russland keine Lösung.**



**Geldbündel als Spielzeug - 1923**

Die Notenpresse hat Geld ohne Ende gedruckt, so dass die Inflation massiv zunahm. Im Jahre 1922 betrug die jährliche Inflationsrate 1733 Prozent, die Preise wurden teilweise stündlich angehoben. Eine Währungsreform wurde unausweichlich. 1925 kam der Schilling.

Bild: mein-lernen.at – screenshot

## Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche.** Buchtitel: „**Nationale Interessen**“, Buchautor Klaus von Dohnanyi, ehem. Minister der Regierungen Brandt und Schmidt: „Die EU-Staaten sind nicht souverän, sie hängen sicherheitspolitisch von den USA ab. Kooperation ist nicht unwichtig, aber die USA verfolgen andere Interessen als die europäischen Staaten, auch im Ukraine-Krieg.“
- **Die scheinheilige Supermacht.** Die USA verkaufen ihre knallharte Machtpolitik als Politik der Werte und die naiven Europäer glauben es. Der Autor Michael Lüders findet es zumindest eine propagandistische Leistung, die eigene Scheinmoral mit Hilfe gleichgesinnter Medien so zu verkaufen, dass die Öffentlichkeit sie meist kritiklos übernimmt und als richtig empfindet. Nachzulesen in der „Weltwoche“ vom 11. August.
- **Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung.** Hannes Hofbauer, der österreichische Autor dieses Buches stellt fest: Im Westen herrscht wieder eine russophobe Grundstimmung. Washington und Brüssel erlassen Einreiseverbote gegen Diplomaten, verhängen Sanktionen, sperren Konten, schließen Russland aus internationalen Gremien aus, boykottieren sportliche Großereignisse und mobben „Russlandversther“.
- **Wann endlich erwacht Europa?** Graham E. Fuller, Vizepräsident i.R. des «National Intelligence Council at CIA» hat zum amerikanisch-russischen Krieg in der Ukraine und zur verheerenden Politik Europas seine Analyse ins Netz gestellt. <https://globalbridge.ch/wann-endlich-erwacht-europa/>
- **An Odessa zeigt sich die perfide Lügentaktik Kiews.** Artikel von Peter Haisenko <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20222/an-odessa-zeigt-sich-die-perfide-luegentaktik-kiews/>
- **Werden wir von Verrückten regiert?** „Weltwoche Daily“, 26.07.2022. Video (Dauer: 40:40) <https://www.youtube.com/>
- **Dann bestimmt der Staat, wer die Eltern Ihres Kindes sind.** Geht es nach den Plänen des Justizministers Marco Buschmann, dann soll in Deutschland die biologische Elternschaft durch eine unbestimmte „soziale Elternschaft“ abgelöst und künstliche Konstruktionen wie „Mehrelternschaft“ für bis zu vier Personen sowie „Mit-Mutterschaft“ ermöglicht werden. Anstatt das Grundgesetz zu ändern, werden einfach die Begriffe geändert. So entgeht man einer kritischen Diskussion ebenso wie der Notwendigkeit einer breiten Mehrheit. Dabei nutzt man einen erfolgreichen Propagandaeffekt: Wird etwas permanent wiederholt, lernt und glaubt es die Bevölkerung, egal wie absurd es auch sein mag. <https://www.tichyseinblick.de>
- **Sprachlügen und andere Täuschungen.** Artikel in den „Wiener Sprachblätter“ 05/2022. Autor: Manfred Richter. Klare Aussagen werden Politikern spätestens von Spin-Doktoren, den Verantwortlichen für Inszenierungspolitik und Außendarstellung ausgetrieben. Ein klares Wort ist viel zu definitiv, man könnte die Öffentlichkeit verschrecken oder später darauf festgenagelt werden. Arm heißt sozial schwach, teuer ist kostenintensiv, Verteuerung von Dienstleistungen wird Entzerrung des Preisgefüges genannt, Verluste sind negative Zuwachsraten und die Geschlechtsumwandlung wird als Gender bestätigende Operation bezeichnet.
- **Das Ende der Zurückhaltung.** Putins Abrechnung mit den „westlichen globalistischen Eliten“. Der russische Präsident Putin hat die im Westen herrschenden Eliten in einer Rede so deutlich angegriffen, wie noch nie. Hier der komplette Wortlaut der Rede. <https://www.anti-spiegel.ru/>

## Wussten Sie.....?

### Bericht von Amnesty International bestätigt Kriegsverbrechen der Ukraine

Wer schon länger mit der einseitigen westlichen Berichterstattung über den Ukraine-Krieg Probleme hatte, erfährt jetzt Bestätigung von unerwarteter Seite. Aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht von Amnesty International (AI) geht, durch Beweise unterlegt, hervor, dass die Rollenverteilung zwischen den Guten und den Bösen doch nicht so eindeutig ist, wie uns die westlichen Medien glauben machen wollen. AI, das in keinem Verdacht

steht, russische Propaganda zu verbreiten, bestätigt schon mehrfach in der Vergangenheit geäußerte Vorwürfe, dass das ukrainische Militär die eigenen Bürger als menschliche Schutzschilde missbrauchen würde. Ukrainische Streitkräfte sollen sich in zivilen Gebäuden, Schulen, Krankenhäusern und Wohnblocks verschanzt und von dort aus Angriffe durchgeführt haben. Es soll auch keine Versuche gegeben haben, Zivilisten aus diesen Be-

reichen vorher zu evakuieren. Der Bericht beschreibt detailliert die von einem Ermittlerteam von AI zwischen April und Juli durchgeführten und dokumentierten Untersuchungen. Es dürfte sich um eine bewusste Taktik des ukrainischen Militärs handeln, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt, weil sie Zivilpersonen und -objekte zu militärischen Zielen macht und zivile Infrastruktur zerstört. (Quellen: [amnesty.de](https://www.amnesty.de); [anti-spiegel.ru](https://www.anti-spiegel.ru))

*Es gibt kein Verbrechen, keinen Kniff, keinen Trick, keinen Schwindel, kein Laster, das nicht von Geheimhaltung lebt. Bringt diese Heimlichkeiten ans Tageslicht, beschreibt sie, macht sie vor aller Augen lächerlich. Und früher oder später wird die öffentliche Meinung sie hinwegfegen. Bekannt machen allein genügt nicht - aber es ist das einzige Mittel, ohne das alle anderen versagen.*

Joseph Pulitzer (1847- 1911), Herausgeber, Zeitungsverleger, Stifter

## Mitten in der Krise: EU-Beamte bekommen vollen Inflationsausgleich

Während ein nicht geringer Teil der Bevölkerung Europas nicht weiß, wie er im kommenden Winter über die Runden kommen wird, und Pflegekräfte für eine auch nur geringfügige Besserstellung bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen auf die Straße gehen müssen, um sich Gehör zu verschaffen, haben es EU-Beamte leichter. Bei den Gehältern ihrer abgehobenen Systemerhalter hat die EU eine jährliche automatische Gehaltsanpassung vorgesehen. Was in diesen Inflationszeiten noch keiner Berufsgruppe gelungen ist: Die rund 60 000 Beamten und Mitarbeiter dürfen auf ihr sattes Gehalt von durchschnittlich 12 000 Euro (die Zulagen nicht mitgerechnet) vollen Inflationsausgleich von ca. 8,5% erwarten, finanziert von den steuerzahlenden EU-Bürgern.

(Quellen: [express.at](http://express.at); [freiewelt.net](http://freiewelt.net))

## NATO- und CIA-Sonderkommandos in der Ukraine im Einsatz

Es ist für politisch Interessierte schon länger ein offenes Geheimnis, das nun auch vom etwas seriöseren Teil der westlichen Medienlandschaft nicht mehr unterdrückt werden kann: NATO und USA beteiligen sich entgegen ihren offiziellen Behauptungen aktiv am Krieg in der Ukraine. Gemeint ist nicht nur das von US-Stützpunkten in Europa aus operierende Netzwerk zur militärischen und logistischen Unterstützung der Ukraine. Die NATO-Staaten Großbritannien, Kanada, Frankreich und Litauen sind auch mit hochgerüsteten und bestens ausgestatteten militärischen Einheiten in der Ukraine selbst im Einsatz. Polen

konnte nur mit Mühe von einem direkten militärischen Angriff auf die Westukraine abgehalten werden. Die USA sollen „nur“ mit ihrem Auslandsgeheimdienst CIA im Rahmen eines Sonderauftrags zur Koordinierung der Aufklärung in der Ukraine tätig sein. Doch diese Information ist wenig glaubwürdig, wenn man weiß, welche überragende Rolle die USA in der NATO spielen und wie sehr bereits vor dem Krieg die militärische Kommandostruktur der Ukraine von NATO-Personal durchsetzt war. Mit Auslandseinsätzen von hochspezialisierten kleinen Kommandos haben schon viele Kriege der USA begonnen.

Wenn schon Wirtschaftssanktionen oder Waffenlieferungen als feindliche, kriegerische Akte einzustufen sind, umso mehr gilt das, wenn reguläres Militär beteiligt ist. Es besteht also kein Zweifel, dass sich die NATO im Krieg gegen Russland befindet. Sie ist somit legitimes Ziel russischer Gegenschläge – eine gefährliche Konstellation, weil die Eskalation des Krieges dadurch wahrscheinlicher wird. Es handelt sich aber nicht um „Putins Krieg gegen die Ukraine“, sondern um einen Krieg der NATO gegen Russland, ausgetragen auf dem Rücken der Ukraine und Europas. (Quellen: [kreiszeitung.de](http://kreiszeitung.de); [no-zensur.de](http://no-zensur.de))

USA überlegen. Deshalb versuchen die Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten z.B. Nord Stream 2 zu verhindern. Zuletzt mit Erfolg. SPD und Grüne sind Erfüllungsgehilfen der USA, sprich Black Rock, Vanguard und einigen anderen. Diese besitzen bereits 17 Millionen Hektar an Agrarflächen der Ukraine. Das ist mehr als die gesamte Agrarfläche Italiens. Das US-Großkapital kauft große Teile der Ukraine und die EU zahlt die Zeche. *Leserbriefschreiber der Red. bekannt.*

**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**

Wir stellen ein: **Statisten m/w**

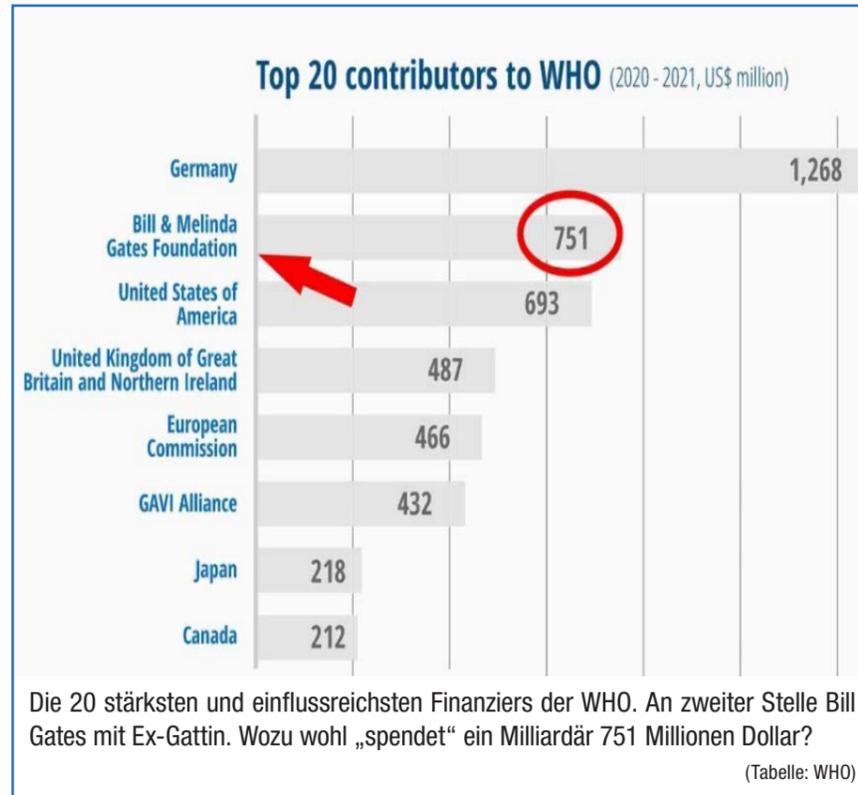
Für Bild- und Videoaufnahmen suchen wir korpulente Personen (m/w) für Demonstrationen gegen rechts und Proteste gegen Abschiebungen.

Vergütung: Mindestlohn plus Zulagen, Reisekosten und Verpflegung.

Wir suchen für sofort einen **PERSONALDISPONE**

*Was offizielle Behörden für die linke Agenda so alles machen ...*

Die 20 stärksten und einflussreichsten Finanziers der WHO. An zweiter Stelle Bill Gates mit Ex-Gattin. Wozu wohl „spendet“ ein Milliardär 751 Millionen Dollar? (Tabelle: WHO)



## Selbst genug davon!

Österreich müsste in keiner Weise bei Gas oder ähnlichen Ressourcen vom Ausland abhängig sein, wenn die verantwortlichen Politiker etwas weitsichtiger denken würden, was eigentlich ohnehin zu ihren Grundaufgaben zählt. Als allererstes müssten die Universitäten sofort mit Energieforschung beauftragt werden. Jede Menge Wasserkraft wäre in unserem Lande noch vorhanden, die man heutzutage wunderschön landschaftlich integrieren könnte, um Strom zu erzeugen. Windräder in der Nähe von Autobahnen wären ebenfalls akzeptabel. Auch der Ausbau der Sonnenenergie in nicht störenden Landschaftsteilen, würde einen Beitrag leisten. Am allermeisten ist aber Energie in unseren Wäldern vorhanden! Es liegt so viel Holz brach und nutzlos in den Wäldern herum, welches leicht in Energie umgewandelt werden könnte.

Bei den heutigen Gas- und Energiepreisen wird es für die Bauern in Zukunft interessant, auch dieses Holz aufzuarbeiten, womit unsere Energieministerin nie mehr Kopfweh hätte!

*Richard Leopold Tomasch, St. Michael*

## Die Atombombe

Wurden diese beiden Atombombenabwürfe vom 6. und vom 9. August 1945 jemals als Kriegsverbrechen angeklagt? Mir ist davon nichts bekannt. Dennoch mahnen die hunderttausenden Toten und die hunderttausenden Überlebenden, die schwerste Gesundheitsschäden von dieser Nuklearkatastrophe davongetragen haben, noch heute und auch noch in Zukunft. Darüber sollten wir nachdenken, auch wenn wir das Lied von Udo Jürgens hören, „5 Minuten vor 12“. Weil wir gerade an der Schwelle zum Atomkrieg stehen, 5 vor 12!

*Dr. Werner Königshofer, Wattens*

*Um die Skrupellosigkeit, mit der die USA ihre Weltherrschaft festigen, zu charakterisieren, muss man sich an eine Aussage Harry S. Trumans (US-Präsident; Anm.) erinnern, die nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion am 24. Juni 1941 in der New York Times zu lesen war: „Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, und wenn wir sehen, dass Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, und auf diesem Wege lassen wir sie so viele wie möglich töten.“*

Oskar Lafontaine, ehem. Vorsitzender der SPD und deutscher Finanzminister, in: „Weltwoche“ 19/22

*Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.*

## Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

### Klage gegen den Corona-Wiederaufbaufonds der EU eingereicht

Ende Juli verhandelte das deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Klage über die Beteiligung Deutschlands an der Schuldenaufnahme der EU für den Corona-Wiederaufbaufonds. Dieser hat einen offiziellen Umfang von 750 Milliarden Euro, die inzwischen auf 807 Milliarden angewachsen sind. Die Klage wurde von einer Expertengruppe um den Wirtschaftsprofessor und Mitbegründer der AfD Bernd Lucke mit mehr als 2000 Unterstützern eingebracht. Es gibt in dieser Sache auch noch weitere Verfahren. Das Geld soll ca. je zur Hälfte als Gratis-Zuwendungen und als Darlehen vergeben werden. Die größten Summen erhalten die Krisenstaaten Spanien und Italien. Deutschland wäre mit voraussichtlich 65 Mrd. der größte Zahler. Das Geld soll vor allem für den Klimaschutz und den Ausbau der Digitalisierung verwendet werden, wobei zu fragen ist, was das mit Corona und Wiederaufbau zu tun hat. Was die EU schon lange beabsichtigt hat, aber nie realisieren konnte, weil die Ver-

träge das verbieten, könnte sie jetzt unter dem Vorwand der Coronakrise erstmals durchsetzen: eine gemeinsame Schuldenaufnahme und gegenseitige Haftung der Mitgliedsstaaten. Sie versucht also, ihre eigenen Rechtsgrundlagen zu umgehen. Genau hier setzt die Argumentation der Kläger an, die EU begehe Kompetenzüberschreitung, die gemeinsame Schuldenaufnahme sei durch die Verträge nicht gedeckt. Außerdem seien damit unkalkulierbare Haftungsrisiken für den deutschen Staatshaushalt verbunden. Brüssel versicherte hingegen, der Wiederaufbaufonds sei eine zeitlich begrenzte Ausnahme, die durch die besonderen Belastungen notwendig wurde. Doch jeder weiß, wie leicht Ausnah-

men zur Regel werden, besonders angesichts einer sich abzeichnenden schweren Wirtschafts- und Finanzkrise. Alle EU-Staaten haben bereits zugestimmt, Gelder wurden beantragt und Investitionspläne vorgelegt. Allein Italien soll aus dem Wiederaufbaufonds 209 Mrd. erhalten, Österreich 3,5 Mrd. Pro Kopf erhält Italien also 9 x so viel wie der Nettozahler Österreich. (Quellen: [rsw.beck.de](http://rsw.beck.de); [onvista.de](http://onvista.de); [handelsblatt.com](http://handelsblatt.com))



In der Februar-Ausgabe berichteten wir über eine Eurobarometer-Umfrage, wonach immer mehr Österreicher (48%) der Ansicht waren, die EU bewege sich grundsätzlich in eine falsche Richtung. Nach einer aktuellen Umfrage derselben Institution hat sich dieser Wert inzwischen auf 54 Prozent erhöht.

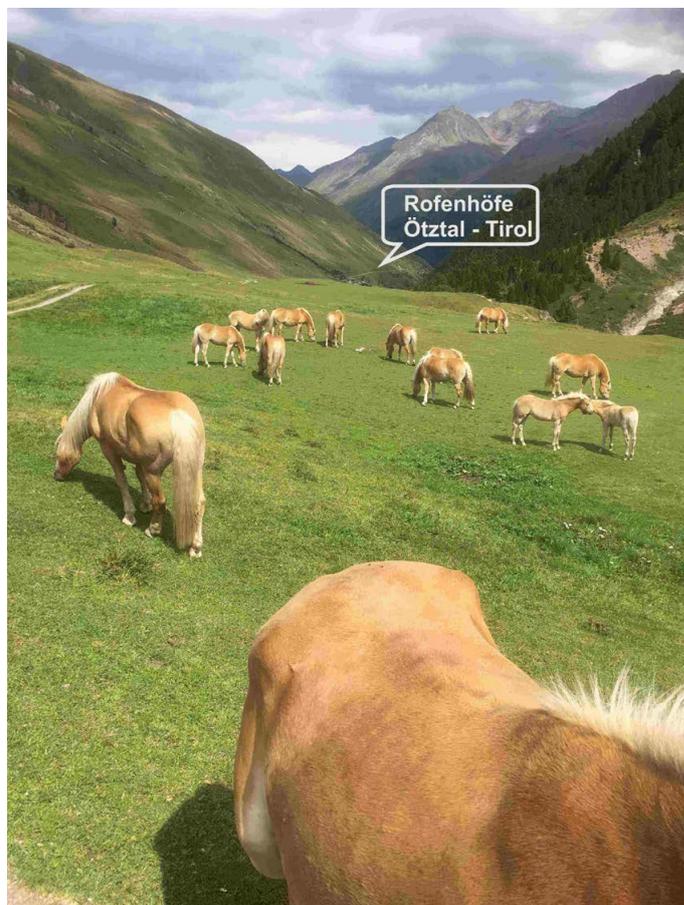
## Schuldenkrise und Inflation – was macht die Schweiz schon wieder besser?

Die ganze westliche Welt stöhnt unter den hohen Verbraucherpreisen, Tendenz steigend. Die neuen Höchstwerte liegen in den USA bei 9,1% (Juni) und bei 8,9% in der Eurozone (Juli). Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, der nur mit wenigen bis gar keinen finanziellen Reserven ausgestattet ist, weiß nicht, wie er in den nächsten Monaten über die Runden kommen wird.

Die hohe Inflationsrate wird nicht verursacht durch den „Angriffskrieg Putins“, wie gerne behauptet wird, sondern durch eine total verfehlte Geldpolitik der beiden wichtigsten Zentralbanken Fed und EZB, die versuchten, die Schulden- und Eurokrise vor ca. zwölf Jahren durch noch mehr Schulden zu lösen. Vor allem die Mittelmeerländer hatten Probleme beim Verkauf ihrer Anleihen, die niemand mehr haben wollte, weil Staatsinsolvenzen befürchtet wurden. Da sprang die EZB mit „frischem“ Geld als Käufer dieser und weiterer Anleihen ein, die mit heutigem Stand eine Höhe von 4,4 Bill. Euro(!) erreicht haben. Auf Dauer können solche Gelderzeugungsexzesse bei künstlichen Null- oder Negativzinsen natürlich nicht gut gehen. Und jetzt gibt man sich überrascht und findet keine Erklärungen – zumindest offiziell. Dazu kommt noch die schädliche Sanktionspolitik gegen Russland. Mitte Juni gab es bereits eine vor allem wegen der Überschuldung Italiens eilig zusammengerufene Notsitzung der EZB. Inzwischen ist der italienische Ministerpräsident Draghi zurückgetreten. Er muss ja wissen wieso, schließlich war er jahrelang Chef der EZB und für deren verfehlte Geldpolitik verantwortlich. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

Doch nicht ganz Europa leidet unter der hohen Inflation. In der Schweiz beträgt sie nur 3,4%. Damit lässt sich im Unterschied zu USA und EU gut leben. Die Staatsschuldenquote beträgt nur 27,5 % vom BIP und der Kurswert des Franken hat inzwischen den des Euro überstiegen. Wie macht das die Schweiz? Könnte es vielleicht damit zusammenhängen, dass die Schweiz nicht Mitglied der EU und der Eurozone ist? Oder dass sie über hohe Goldreserven verfügt? Oder könnte es damit zusammenhängen, dass es in der Schweiz eine voll ausgebildete Direkte Demokratie gibt, die das Land vor Fehlentscheidungen der Politiker bewahrt?

(Quellen: [cicero.de](http://cicero.de); [de.statista.com](http://de.statista.com))



### *Rofenhöfe im Ötztal auf 2014 m Seehöhe, höchstgelegene Dauersiedlung Österreichs*

Hier war Erzherzog Friedrich in Sicherheit, nachdem ihm 1415 die abenteuerliche Flucht aus dem Gefängnis in Konstanz gelungen war und dort im hintersten Ötztal hielt er sich mehrere Monate anonym als Viehhirt auf. Der volkstümliche und unter Bauern besonders beliebte „Friedl mit der leeren Tasche“, wie ihn das Volk nannte, führte in Tirol ein strenges Regiment gegen den Adel! Es gelang ihm zu dieser Zeit, dem Adel die Gerichtshoheit über die Bauern zu entziehen und diese direkt dem Landesfürsten zu unterstellen. Seitdem hatten die bäuerlichen Gemeinden und Gerichte Sitz und Stimme im Tiroler Landtag, was innerhalb der österreichischen Länder ein Einzelfall war und einen ersten wesentlichen Schritt in Richtung Demokratie bedeutete.

(Quelle: [habsburger.net](http://habsburger.net))

Bild: RP

## Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

**Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön! Bitte Adressänderungen frühzeitig bekannt geben. Teilen Sie uns bitte – wenn möglich – auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!**

Redaktionsschluss: 20. August 2022

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.  
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich* – NFÖ, 1230 Wien, Schimekgasse 30 und 6010 Innsbruck Postf. 110; Telefon: 0676-4065409; [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at); Bankverbindung: IBAN AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098